

# Politische Bildung in Bayern vernetzen



## PROJEKTBERICHT - Endfassung

Dokumentation und Auswertung  
der empirischen Erhebung in Bayern

*Christian Boeser*

*Miriam Apffelstaedt*

*Elisabeth Asam-van-den-Boogaart*

*Stephanie Bisch*

*Magdalena Blon*

*Daniela Di Valentin*

*Susanne Gruber*

*Kristin Richter*

*Gertrud Rieger-Beck*

*Florian M. Wenzel*

*Universität Augsburg, Juni 2007*

# INHALT

<b>A BAYERNWEITE VERNETZUNG POLITISCHER BILDUNG</b>	<b>3</b>
1. Befragung aller Schulen und Institutionen	3
2. Rücklauf der verschiedenen Fragebögen	4
3. Best-Practice Beispiele	6
4. Referentendatenbank	8
<b>B DARSTELLUNG UND BEWERTUNG DER ERGEBNISSE</b>	<b>9</b>
1. Schulische und außerschulische politische Bildung	10
2. Weitergehende Analyse außerschulischer politischer Bildung	15
3. Das entstehende Netzwerk Politische Bildung in Bayern	25

## **A BAYERNWEITE VERNETZUNG POLITISCHER BILDUNG**

Die Idee einer bayernweiten Vernetzung aller Akteure der politischen Bildung hat ihren Ursprung in Bayerisch-Schwaben, wo seit November 2002 an der bezirksweiten Vernetzung gearbeitet wird. Das Projekt wurde vom Bezirksjugendring Schwaben initiiert, wird vom Bezirk Schwaben finanziert und wurde in der ersten Projektphase von der Katholischen Stiftungshochschule München Abteilung Benediktbeuern geleitet. Seit Januar 2004 liegt die Projektleitung bei der Universität Augsburg.

Die positiven und produktiven Erfahrungen des Schwaben-Netzwerkes führten zur Idee der Ausweitung der Initiative auf bayerischer Ebene. 2006 wurde das Projekt einer nachhaltigen Vernetzung aller Akteure der politischen Bildung in Bayern begonnen. Das bayerische Netzwerk soll darüber hinaus die Gründung und Etablierung von weiteren Netzwerken auf Bezirksebene unterstützen. Das Projekt wird von der Universität Augsburg in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit durchgeführt.

### **1. Befragung aller Schulen und Institutionen**

Anfang 2006 wurde ein Expertenworkshop mit knapp 30 zentralen Vertretern politischer Bildung in Bayern an der Universität Augsburg durchgeführt. Daraus entstanden ein Befragungskonzept zur Situation der politischen Bildung in Bayern und eine Konkretisierung der Vernetzung hinsichtlich der unterschiedlichen Erfolgskriterien. Es wurden flächendeckend alle Schulen (ohne den frühkindlichen Bereich der Grund- und Volksschulen) und außerschulischen Institutionen in Bayern, die möglicherweise in einem weiten Sinne politische Bildung anbieten könnten, angefragt. Institutionen der außerschulischen politischen Bildung und interessierte Schulen erhielten einen je eigens gestalteten Fragebogen, der die Spezifik struktureller Rahmenbedingungen berücksichtigte. Ein Basisfragebogen erfasste die wichtigsten Aussagen zum Verständnis, der Praxis und dem Vernetzungsbedarf hinsichtlich politischer Bildung. Ein Referenten- und Best-Practice-Fragebogen erlaubte die weitere detaillierte Darstellung eigener Kompetenzen und Projekte.

Insgesamt wurden 1100 Fragebögen an außerschulische Institutionen versendet, sowie 5500 Anschreiben an alle Schulen in Bayern, die bei Interesse einen Fragebogen anfordern oder online ausfüllen konnten.

## 2. Rücklauf der verschiedenen Fragebögen

Schon der Rücklauf der unterschiedlichen Fragebögen und die Anzahl der unterschiedlichen Institutionen ist sehr aufschlussreich in Hinblick auf eine zukünftige Ausrichtung der Vernetzung politischer Bildung in Bayern. Ziel der Befragung war keine repräsentative Erhebung und damit auch keine repräsentativ-statistische Auswertung der Daten, sondern eine Ermittlung der Landschaft der in der politischen Bildung in Bayern aktiven Institutionen und Personen, die interessiert an einer Vernetzung sind. Im Projektverlauf besteht weiterhin die Möglichkeit, sich an der empirischen Erhebung zu beteiligen – gleichzeitig werden seitens des Projektes wichtige, aber relativ schwach vertretene Institutionentypen (z.B. der Jugendverbände) aktiv kontaktiert. Auf diese Art und Weise wird die Datenbasis laufend aktualisiert und weitergeführt.

Insgesamt wurden bis zur Erstellung des Projektberichtes 609 Basisfragebögen ausgefüllt, 198 von außerschulischen Institutionen politischer Bildung und 411 von Schulen. Damit war eine **gute Datenbasis gegeben, um die Landschaft politischer Bildung in Bayern zu fassen und konkrete Perspektiven für eine mögliche Vernetzung zu entwickeln.**

Institutionentypus	Rücklauf
Kirchliche Einrichtungen	36
Volkshochschulen	28
Jugendringe	28
Jugendverbände	18
Interkulturelle Verbände	13
Einrichtungen kommunaler Jugendarbeit	12
Vereine	12
Universitäten u. Fachhochschulen	9
Akademien	7
Arbeitnehmerverbände	5
Bildungswerke	3
Stiftungen	3
Parteien	3
Jugendzentren	2
Institut	1
Ausländerbeauftragter	1
Schul- u. Kultusreferat	1
Gewerkschaft	1
Andere	8
<i>Keine Angabe</i>	7
<b>Rücklauf Institutionen insgesamt</b>	<b>198</b>

Abbildung 1: Rücklauf Institutionen

Die erste Übersicht stellt die Häufigkeit des Rücklaufs nach Institutionentypus außerschulischer politischer Bildung dar. Damit wird das jeweilige Potenzial sowohl für institutionenspezifische Angebote des Netzwerkes als auch für Kooperationsprojekte zwischen Institutionentypen deutlich. **Das Netzwerk kann nach dieser Übersicht verstärkt und gezielt auf Bereiche politischer Bildung in Bayern zugehen und diese einbinden, die in der Befragung wenig auftauchen**, etwa Parteien und deren Ortsverbände, Jugendzentren und Gewerkschaften. Dies wird weiter unten hinsichtlich Vernetzungsinteresse und -bedarf konkreter dargestellt.

Schulart	Rücklauf
Gymnasium	126
Realschule	90
Hauptschule	84
Berufs- und Fachoberschule	66
Förderschule	2
Andere	18
<i>Keine Angabe</i>	<i>25</i>
<b>Rücklauf Schulen insgesamt</b>	<b>411</b>

Abbildung 2: Rücklauf Schulen

Die zweite Übersicht verdeutlicht den Rücklauf hinsichtlich der unterschiedlichen Schultypen in Bayern. Hierbei zeigt sich, dass mit zunehmendem Praxis- und Berufsbezug der Schulart der Rücklauf sinkt. **Das Netzwerk sollte deshalb einerseits aktiv auf unterrepräsentierte Schularten zugehen und insbesondere darauf zu achten, politische Bildung komplementär zum Rücklauf auch bewusst in erfahr- und handhabbare Projekte mit Praxisbezug umzusetzen.**

### 3. Best-Practice-Beispiele

Bei der Befragung wurden des Weiteren 70 Best-Practice-Beispiele eingereicht, die substantiell verdeutlichen, wo politische Bildung auf innovative Art und Weise in Bayern funktioniert. Politische Bildung findet auch im Regelablauf von Institutionen oftmals auf sehr hoher qualitativer Basis statt. Doch stellen die Best-Practice-Beispiele dezidiert außergewöhnliche und neue Ansätze politischer Bildung dar, die noch nicht in der Breite verankert sind. Sie bilden eine **Ausgangsbasis für die Möglichkeit eines umfassenden Projektmarktes, der beispielhaft konkretisieren hilft, was in der Breite funktioniert und möglich ist.** Aus der Übersicht können ähnlich wie im Schwaben-Netzwerk **inhaltliche Bausteine entstehen, die Lücken schließen helfen und als inhaltlicher Motor des Netzwerkes fungieren.**

Die Übersicht verdeutlicht des Weiteren, dass im außerschulischen Bereich Partizipation und Interkulturalität oben auf der Agenda stehen. Dies entspricht einerseits dem Verständnis politischer

Bildung, das in der Auswertung der Basisfragebögen zu finden ist, und andererseits aktuellen Herausforderungen einer pluralen demokratischen Gesellschaft, auf die politische Bildung reagiert.

Dass im Schulbereich an erster Stelle Unterrichtsprojekte genannt werden, ist ein positives Signal dafür, dass projektorientierte politische Bildung in die Curricula von Schule integriert werden kann. Die Entwicklung weiterer Bausteine ähnlich der Struktur des Bausteins Kommunalpolitik (Download unter [www.politische-bildung-schwaben.net](http://www.politische-bildung-schwaben.net)) im Schwabennetzwerk kann somit sinnvoll von Schulen aufgenommen werden. Die Best-Practice-Beispiele sollten eingeladen werden, sich auf einer Auftaktveranstaltung des Netzwerkes sowie virtuell im Internet ausführlich zu präsentieren. Sie bilden eine gute Diskussionsgrundlage gelungener Innovationen und sollten zusammen mit den beschriebenen Zielgruppen analysiert werden.

Best Practice Beispiele	Anzahl
<b>Institutionen</b>	
Projekte zu Mitgestaltung von Demokratie	17
Interkulturelle Projekte	12
Projekte zu Bildung / Fortbildung	12
Veranstaltungen mit Politikern	4
Hilfsprojekte	2
Vernetzungsprojekte	1
<b>Gesamt</b>	<b>48</b>
<b>Schulen</b>	
Unterrichtsprojekte	14
Veranstaltungsprojekte	6
Hilfsprojekte	1
Fortbildungsprojekte	1
<i>Nicht verwertbar / zu wenige Angaben</i>	<i>9</i>
<b>Gesamt</b>	<b>31</b>

Abbildung 3: Rücklauf Best Practice Projekte

#### 4. Referentendatenbank

Insgesamt 49 Personen haben einen Referentenfragebogen ausgefüllt, 42 davon stehen bereits jetzt für den Aufbau einer Referentendatenbank zur Verfügung. Sie können für bestimmte Themen, Veranstaltungsformen und Kooperationen angefragt werden. Zudem bieten 61,6 % der Institutionen außerschulischer politischer Bildung die Vermittlung von Referenten an. 113 Antworten im Basisfragebogen signalisieren darüber hinaus eine hohe Mitwirkungsbereitschaft für die Vernetzung in konkreten Arbeits- und Projektgruppen. Gut 20 % des Rücklaufes kann damit als innerer Kern eines Netzwerkes politischer Bildung bezeichnet werden, der Aktivitäten und Projekte auch gestalten und weiter tragen hilft. **Damit bekommt ein zukünftiges Netzwerk konkrete Gesichter, die als Multiplikatoren ihre jeweiligen Zielgruppen weiter einbinden und starke Netzwerkknoten in Bayern bilden können.**

## **B DARSTELLUNG UND BEWERTUNG DER ERGEBNISSE**

Die Ergebnisse der statistischen Auswertung der Basisfragebögen wurden in vier Auswertungstreffen der Projektgruppe der Universität Augsburg aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und interpretiert, um valide und reliable Antworten auf die Situation politischer Bildung in Bayern sowie den Vernetzungsbedarf zu erhalten. In Kooperationstreffen mit der Landeszentrale für politische Bildung wurden die Einschätzungen kommuniziert und abgeglichen. Daraus wurde eine erste Fassung eines Berichtes zur Situation und dem Vernetzungspotenzial politischer Bildung in Bayern erstellt, die pointiert Kernergebnisse der Befragung vorstellte und bewertete.

Diese erste Fassung des Berichtes wurde zur Begutachtung an wichtige Vertreter politischer Bildung in Bayern versandt und auf einem Expertenworkshop ausführlich diskutiert. Überraschende Ergebnisse und offene Punkte wurden festgehalten und daraus Vorschläge zu weiter gehenden detaillierteren Zusatzanalysen der Daten festgehalten. Zudem erarbeitete der Expertenworkshop Erfolgskriterien und Empfehlungen für die mittelfristige Weiterentwicklung des Netzwerkes sowie Handlungsschritte für das Jahr 2007. Die Ergebnisse des Konsultationsprozesses sind in die vorliegende Endfassung des Berichtes eingearbeitet. Umfassende weitere Einzelanalysen des gesamten erhobenen empirischen Datenmaterials mit speziellen „Filtern“ (z.B. hinsichtlich der Kategorien Jugend/Erwachsene, Stadt/Land oder Größe der Institutionen) werden im weiteren Projektverlauf gemeinsam mit relevanten institutionellen Vertretern erstellt.

In diesem Bericht werden die für Situation und Vernetzung politischer Bildung in Bayern erhobenen Daten analysiert und die gemeinsamen Bewertungen der Arbeitsgruppe, der Kooperationspartner sowie der Experten dargestellt. Danach werden jeweils Schlussfolgerungen für das zu bildende Netzwerk Politische Bildung in Bayern vorgestellt. Entsprechende Empfehlungen sind jeweils fett markiert.

# 1. Schulische und außerschulische politische Bildung

## Verständnis und Umsetzung politischer Bildung

In der Befragung wurde bewusst ein weites, aktivierendes und gesellschaftsrelevantes Verständnis von politischer Bildung angelegt. Drei Zieldimensionen politischer Bildung wurden hinsichtlich ihres Stellenwertes in der jeweiligen Institution abgefragt:

- Wir versuchen Menschen zur (aktiven) Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten zu **befähigen**.
- Wir versuchen Menschen zur (aktiven) Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten zu **motivieren**.
- Wir wollen insgesamt zur **Förderung der demokratischen Kultur** in unserer Gesellschaft beitragen.

Für alle drei Dimensionen wurden sehr hohe Zustimmungen gegeben (zwischen 4,7 und 5,2 bei einem Maximalwert von 6,0), und zwar in gleichem Maße von Schulen als auch von außerschulischen Institutionen. Dies deckt sich mit dem Rücklauf der Best-Practice-Beispiele, denen ebenfalls ein umfassendes aktivierendes und partizipatorisches Verständnis zugrunde liegt, und gilt in gleichem Maße für außerschulische Projekte und Unterrichts- und Veranstaltungsprojekte von Schulen. Es besteht also ein breiter Konsens über ein grundsätzliches Verständnis politischer Bildung in Bayern. Allerdings zeigt der Rücklauf nach Schularten insgesamt (siehe oben) und der Rücklauf der Best-Practice-Beispiele nach Schularten, dass eine Dominanz von Gymnasien in schulischer politischer Bildung gegeben ist. Tatsächlich wäre jedoch die in anderen Schularten ohnehin bestehende stärkere Handlungs- und Berufsorientierung eine sehr gute Voraussetzung dafür, praktische Methodenbausteine zu implementieren.

**Deshalb sollte das Netzwerk Schularten untereinander verbinden und Projekte initiieren, bei denen der Kontakt zwischen den Schularten auf Lehrer- und Schülerbasis intensiviert wird, um das umfassende Verständnis politischer Bildung nicht durch die Dreigliedrigkeit des Schulsystems zu beschränken. Außerdem kann das Netzwerk einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der nach wie vor bestehenden Kluft zwischen politischer Bildung im Unterrichtskontext und offenen Formen in anderen Institutionen leisten.**

Der Stellenwert politischer Bildung wurde für die außerschulischen Institutionen abgefragt. Für 18,4 % steht politische Bildung im Mittelpunkt, für den Rest ist es eine Aufgabe unter anderen. Von den Institutionen, für die politische Bildung im Mittelpunkt steht, wurden erwartungsgemäß überdurchschnittlich viele Best-Practice-Beispiele genannt sowie Referentenfragebögen ausgefüllt. Diese Institutionen sollten als **Netzwerkknoten und Brücken zu anderen Institutionen wie Schulen genutzt werden, da sie thematisch und strukturell Kontinuität und Nachhaltigkeit sichern und politische Bildung multiplizieren helfen.**

**Basisfragebogen Seite 3**

---

**Frage 3 a:** Welchen Stellenwert haben folgende Aspekte Politischer Bildung in Ihrer Einrichtung / Organisation bzw. in Ihrem Verband / Verein?

<b>Aspekte Politischer Bildung</b>							
<b>Vermittlung von Kenntnissen</b>							
<input checked="" type="checkbox"/> AP0301	über politische Institutionen (z.B. Deutscher Bundestag)	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>6</u>
		□	□	□	□	□	□
		<i>geringer Stellenwert</i>			<i>hoher Stellenwert</i>		
<input checked="" type="checkbox"/> AP0302	über politische Prozesse (z.B. Gesetzgebung)	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>6</u>
		□	□	□	□	□	□
		<i>geringer Stellenwert</i>			<i>hoher Stellenwert</i>		
<input checked="" type="checkbox"/> AP0303	über politisch relevante Inhalte (z.B. Arbeitsmarktpolitik)	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>6</u>
		□	□	□	□	□	□
		<i>geringer Stellenwert</i>			<i>hoher Stellenwert</i>		
<input checked="" type="checkbox"/> AP0304	über politisch relevante historische oder philosophische Aspekte	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>6</u>
		□	□	□	□	□	□
		<i>geringer Stellenwert</i>			<i>hoher Stellenwert</i>		
<b>Förderung von Kompetenzen</b>							
<input checked="" type="checkbox"/> AP0305	Meinungsbildung / politische Urteilsbildung	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>6</u>
		□	□	□	□	□	□
		<i>geringer Stellenwert</i>			<i>hoher Stellenwert</i>		
<input checked="" type="checkbox"/> AP0306	Kritisches Bewusstsein	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>6</u>
		□	□	□	□	□	□
		<i>geringer Stellenwert</i>			<i>hoher Stellenwert</i>		
<input checked="" type="checkbox"/> AP0307	Interessenartikulation und -vertretung	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>6</u>
		□	□	□	□	□	□
		<i>geringer Stellenwert</i>			<i>hoher Stellenwert</i>		
<input checked="" type="checkbox"/> AP0308	Partnerschaftliche Aushandlung von Konflikten	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>6</u>
		□	□	□	□	□	□
		<i>geringer Stellenwert</i>			<i>hoher Stellenwert</i>		
<input checked="" type="checkbox"/> AP0309	Leitung demokratischer Aushandlungsprozesse	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>5</u>	<u>6</u>
		□	□	□	□	□	□
		<i>geringer Stellenwert</i>			<i>hoher Stellenwert</i>		

Abbildung 4: Fragebogensauszug zu Aspekten 1 und 2 von politischer Bildung

## Aspekte politischer Bildung

In der weiteren detaillierten Befragung zum Verständnis politischer Bildung verdeutlicht sich der Mehrwert der Vernetzung: Die genannten Zieldimensionen politischer Bildung können unter verschiedenen Aspekten bearbeitet werden:

1. Vermittlung von Kenntnissen
2. Förderung von Kompetenzen
3. Entwicklung von Einstellungen
4. Bereitstellung von Erfahrungs- und Handlungsmöglichkeiten

Der Fokus außerschulischer Institutionen liegt in den Antworten auf dem zweiten bis vierten Aspekt. Vor allem in der Analyse der Daten in Kombination mit angebotenen Themen und Kompetenzen fällt auf, dass eher wenig Wert auf politische Strukturen und Institutionen gelegt wird. Außerschulische politische Bildung in Bayern zeichnet sich demnach durch eine starke Handlungs- und Erfahrungsorientierung im sozialen Miteinander aus. „Demokratie als Lebensform“ ist kennzeichnend für diese Herangehensweise. Dies deckt sich auf methodisch-didaktischer Seite mit einer hohen Bewertung der Möglichkeit des Erlebens und Mitgestaltens demokratischer Prozesse. Aspekte wie die Akzeptanz der demokratischen Grundordnung und Wissensaspekte werden dagegen niedriger bewertet als von Schulen. Der zunehmende Projektcharakter und die zeitliche Limitierung vieler Projekte zu politischer Bildung bei Institutionen, die diese als eine unter mehreren Aufgaben wahrnehmen, bildet eine der möglichen Ursachen.

Schulen formulieren durchgängig den ambitionierten Anspruch, alle vier Aspekte abzudecken – in der Koppelung mit den Ergebnissen hinsichtlich eingesetzter Methodik und Didaktik wird allerdings deutlich, dass in der Praxisumsetzung bei Schulen eine fallende Tendenz vom ersten zum vierten Aspekt zu erkennen ist. Schulen setzen demnach vor allem auf inhaltlich-sachlichen Bezug, arbeiten diesen durchaus methodisch innovativ auf, fokussieren in ihrer Herangehensweise an politische Bildung aber auf „Demokratie als Herrschafts- und Gesellschaftsform“. Die Kombination des ambitionierten Anspruchs von Schulen und der begrenzt möglichen Umsetzung dieses Anspruchs im Curriculum verdeutlichen grenzziehende Rahmenbedingungen von Schule für bestimmte Arten politischer Bildung. Gleichwohl zeigen die Best-Practice-Beispiele aus dem Schulbereich auf, welche grundsätzlichen und umfassenden Möglichkeiten bestehen. Allerdings

sind diese fast ausschließlich über ehrenamtliche Zusatzleistungen sehr engagierter Lehrer wie Schüler zustande gekommen und werden nicht, wie in Best-Practice-Beispielen außerschulischer politischer Bildung, finanziell gefördert.

Bei der grundsätzlichen Übersicht der Maßnahmen politischer Bildung in der Schule ist zu beobachten, dass für Schüler alltagsbezogene Maßnahmen aufgegriffen werden, dies jedoch wesentlich weniger mit Schule insgesamt (z.B. Schulverfassung, Schulparlament) verknüpft wird. Die strukturelle politische Ebene, die Beteiligte und Betroffene jenseits von Schülern selbst einbinden müsste, fehlt weitgehend.

<b>Maßnahmen schulischer politischer Bildung</b>	<b>Prozent</b>
Schülerzeitung	58,2
Mediatorentaining, Streitschlichterprogramm etc.	48,9
Schulung von Klassensprechern	42,3
Projekttag(e) zu Aspekten Politischer Bildung	33,6
Fächerübergreifender Projektunterricht zu Aspekten Politischer Bildung	31,7
Schulverfassung o.ä.	17,8
Wahlfach Politische Bildung / Zeitgeschichte o.ä.	17,6
Klassenrat	16,8
Arbeitsgemeinschaft von Schülern	12,1
Interkulturelles Training	7,1
Schulparlament / Schülerparlament	6,3
Projektwoche(n) zu Aspekten Politischer Bildung	4,6
Schülergericht	1,0

*Abbildung 5: Maßnahmen schulischer politischer Bildung*

Die Chance des Netzwerkes besteht darin, einerseits die Schule zu weiteren gesellschaftlichen Institutionen hin zu öffnen und limitierende didaktische Faktoren des curricularen Unterrichts durch die Bereitstellung von Unterstützungsangeboten zu erweitern, und andererseits außerschulische politische Bildung mit einer stärkeren Anbindung an und

Kooperation mit Schulen konzeptuell und theoretisch zu fundieren und deren Erkenntnisse langfristig auch curricular zu implementieren.

Die fehlenden Angebote interkultureller Bildung können durch entsprechende Maßnahmen außerschulischer politischer Bildung, die diese umfassend anbietet, ideal ergänzt und gestärkt werden.

## 2. Weitergehende Analyse außerschulischer politischer Bildung

Im Folgenden werden Daten analysiert und bewertet, die ausschließlich von Institutionen außerschulischer politischer Bildung zusätzlich erhoben wurden, da diese anders als Schule in weniger Regelabläufe eingebunden sind und sich somit interessante Aussagen hinsichtlich Zielgruppen, Angebotsformaten und Methoden ergeben.

### Zielgruppen außerschulischer politischer Bildung

Zielgruppe <i>Mehrfachnennungen waren möglich</i>	Prozent
Junge Erwachsene (19-27 Jahre)	82,8
Jugendliche (13-18 Jahre)	71,7
Erwachsene	65,7
Multiplikatoren/innen	62,6
Verbände / Vereine	59,6
Mädchen / Frauen	59,1
Kinder (6-12 Jahre)	56,1
Schüler/innen	49,5
Jungen / Männer	47,5
Mitarbeiter/innen von Verwaltungen / öffentlichen Einrichtungen	43,9
Ausländer/innen	42,4
Politiker/innen	41,9
Senioren/innen	39,9
Lehrer/innen	34,3
Bildungsbenachteiligte Gruppen	34,0
(Spät)Aussiedler/innen	29,8
Bürgerinitiativen	19,7

Abbildung 6: Zielgruppen außerschulischer politischer Bildung

Die Analyse der Zielgruppen, mit denen Institutionen außerschulischer politischer Bildung arbeiten, zeigt auf, dass gut 50 % mit Schülern arbeiten. Es besteht hinsichtlich der Zielgruppen von

schulischer und außerschulischer politischer Bildung also eine große Schnittmenge, mit der die oben genannten vier Aspekte politischer Bildung komplementär ergänzt, sowie schulische und außerschulische politische Bildung sinnvoll vernetzt werden könnten. Dies geschieht allerdings nicht in systematisierter Art und Weise, unter anderem deshalb, da nur gut 34 % der Institutionen außerschulischer politischer Bildung auch direkt mit Lehrern arbeiten. Außerdem beschäftigt sich ebenfalls nur gut ein Drittel der Institutionen mit bildungsbenachteiligten Gruppen, also der Zielgruppe, die besonders in den Schularten zu finden ist, die von sich aus einen geringeren Rücklauf bezogen auf unsere Studie und geringere Aktivitäten hinsichtlich politischer Bildung verzeichnen. Bemerkenswert ist ferner, dass bei einer offenen Frage nach den Zielgruppen keine der Institutionen der außerschulischen politischen Bildung Lehrer oder bildungsbenachteiligte Gruppen zu den drei wichtigsten Zielgruppen zählt.

Schulen selbst haben häufig keinerlei oder nur sehr wenig Austausch mit anderen Institutionen politischer Bildung, benennen in diesem Bereich aber klare Wünsche (siehe detailliert weiter unten).

**Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Institutionen außerschulischer politischer Bildung sollte durch das Netzwerk auf Multiplikatorenebene gestärkt werden. Außerschulische politische Bildung kann verstärkt die Zielgruppe Lehrer in den Blick nehmen. Schulen können ihrerseits einen bewährten curricularen Rahmen politischer Bildung anbieten. Zudem bieten sie die einzigartige Möglichkeit der Erreichung eines „Querschnitts von Gesellschaft“ (jedenfalls über die verschiedenen Schultypen hinweg) an. Zur Konkretisierung des gegenseitigen Mehrwertes in inhaltlicher und methodischer Hinsicht, aber auch zur Bewahrung der jeweiligen Eigenständigkeit, sollte eine Projektgruppe des Netzwerkes eingerichtet werden, die konzeptuelle Vorschläge für Bayern erarbeitet.**

Die Einbindung übergeordneter Verantwortungsstellen ist entscheidend für den Erfolg der Vernetzung auf dieser Ebene, da zeitliche Entlastung und finanzielle Mittel für Schulen strukturelle Bedingungen für eine Überwindung bestehender Begrenzungen sind.

## Themen außerschulischer politischer Bildung

Bei der Betrachtung der Themen, mit denen sich außerschulische politische Bildung beschäftigt, die ja grundsätzlich frei von curricularen Vorgaben ist, lassen sich in der Analyse der Daten eindeutig Top- und Flop-Themen unterscheiden, wie in der Tabelle dargestellt. Die Top- und Flop-Themen stellen keine Bewertung durch die befragten Institutionen dar, sondern ergeben sich hauptsächlich aus der starken oder fehlenden Nachfrage und damit Bearbeitung dieser Themen. Es gibt also z.B. Flop-Themen, die gleichwohl gesellschaftlich wichtig sind.

Top-Themen	Flop-Themen
<i>Nennung über 60 %</i>	<i>Nennung unter 25 %</i>
Bildung	Innere Sicherheit
Soziales	Landwirtschaft
Migration und Integration	Bau
Kultur	Verkehr
Jugendliche	Justiz
Kommunale Ebene	Föderalismus
Bürgerschaftliches Engagement	Verfassung /Grundgesetz
<i>Nennung über 50 %</i>	Gesetzgebung
Arbeitsmarkt	Geschichte
Familie	Finanzen
Kinder	Verbraucherschutz
Ethik	Stadtentwicklung
Religion	Entw. ländlicher Raum
Weltanschauung	Auswärtige Beziehungen
Öffentliche Meinungsbildung	Entwicklungshilfe
	Globale Ebene

Abbildung 7: Top- und Flop-Themen außerschulischer politischer Bildung

Die Zusammenstellung verdeutlicht auf plastische Weise, dass außerschulische politische Bildung in Bayern auf Themen fokussiert, die einen Bezug zur unmittelbaren Lebenswelt ihrer Zielgruppen haben und damit für diese eine hohe Relevanz aufweisen.

Durch

- persönliche Betroffenheit (z.B. Arbeitsmarkt, Migration und Integration)
- emotionale Nähe (z.B. Bildung, Familie)
- physische Nähe (z.B. kommunale Ebene)

werden diese Themen bearbeitbar im Sinne der oben beschriebenen Erfahrungs- und Handlungsorientierung außerschulischer politischer Bildung.

Eine wichtiger Unterschied besteht allerdings zwischen Institutionen, für die politische Bildung im Mittelpunkt steht (18,4 %) und denen, für die sie nur eine Aufgabe unter anderen ist. Am Beispiel Innere Sicherheit lässt sich das verdeutlichen: 40,0 % der Institutionen, für die politische Bildung im Mittelpunkt steht, bieten dieses Thema an, dagegen nur 7,1 % derjenigen, für die politische Bildung nicht im Mittelpunkt steht. Gleichwohl bleibt die Diskrepanz zwischen Top- und Flop-Themen auch bei reinen Institutionen politischer Bildung im Grundsatz bestehen.

Die Flop-Themen dagegen lassen aus Sicht der Institutionen wie Zielgruppen keine unmittelbare Nähe schaffen, die leicht didaktisierbar und anschlussfähig wäre. Sie stellen thematisch Wissensgebiete der Gesellschaft dar, die jenseits von Prozessorientierung Institutionen- und Strukturwissen verlangen. Es sind entscheidende Zukunftsthemen gegenwärtiger Politik darunter (z.B. Innere Sicherheit, Landwirtschaft, Stadtentwicklung, Finanzen, Verfassung / Grundgesetz), die gleichwohl von außerschulischer politischer Bildung in Bayern wenig aufgegriffen werden. Hier ist eine detailliertere Untersuchung nötig, um die Ursachen zu erforschen. Dies wird hinsichtlich der eingesetzten Didaktik zur Vermittlung dieser Themen, als auch hinsichtlich der Differenzierung in Erwachsenen- und Jugendbildung im Netzwerk genauer analysiert werden.

Anders formuliert: Die Herangehensweise an Themen politischer Bildung erfolgt oftmals nicht durch eine wissensorientierte Auseinandersetzung mit notwendigen Gesellschaftsthemen, sondern über eine erfahrungsorientierte Aufarbeitung persönlicher Nähe. Themen wie Kultur, Jugendliche, Familie befinden sich damit allerdings auch in der Gefahr, nur als soziales Lernen aufgegriffen zu werden und ihre politischen und demokratierelevanten Aspekte zu vernachlässigen. Damit verlieren sie auch den Bezug zum weiteren strukturellen Rahmen, in dem Politik zu diesen Themen stattfindet, und führen statt zu Verantwortung, Aktivierung und Partizipation zu einer nur individualistischen Auseinandersetzung nach Betroffenheit. Hier zeigen sich auf inhaltlicher Seite die Konsequenzen einer zunehmenden Kurzfristigkeit und Projektorientierung außerschulischer politischer Bildung, die schnell und unmittelbar Zielgruppen ansprechen und gewinnen muss und sie weniger in langfristige und umfassende Lernprozesse einbinden kann. Die Integration von Themen wie Kultur, Jugendliche, Familie mit „Flop“-Themen wie Justiz und Stadtentwicklung

würde diese Auflösung des politischen Anspruchs politischer Bildung vermeiden, wird aber nur selten vorgenommen.

Es gilt genauer zu klären, ob das immer an mangelnder Nachfrage solcher Themen seitens der Zielgruppen liegt oder auch an fehlenden Kompetenzen der Anbieter bzw. fehlendem didaktisiertem Material, um diese Themen besser aufbereiten zu können.

Ein weiteres Ergebnis hinsichtlich der Bandbreite der Angebote der Institutionen ist interessant: Knapp die Hälfte der Institutionen bietet zwischen 10 und 20 verschiedenen Themen an, 30 % sogar mehr als 20 verschiedene Themen. Dies kann potenziell zu einer Aufsplitterung des Angebotes führen, die keine Konzentration und umfassende Vertiefung einzelner Themenbereiche mehr erlaubt.

Das entstehende Netzwerk kann in folgender Hinsicht die Aufspaltung der Themenbereiche besser integrieren:

**Zum einen kann das Netzwerk neue didaktische Bausteine für sehr wenig angebotene, aber sehr wichtige politische Themen entwickeln und diese breit anbieten.**

**Zum anderen sollten neue Möglichkeiten erforscht werden, einzelne Top-Themen mit Flop-Themen, die oft die „andere Seite der Medaille“ darstellen, konsequent zu verknüpfen. Beispielhaft kann hier die Themenlinie Migration und Integration / Innere Sicherheit / Verfassung/Grundgesetz benannt werden.**

**Schließlich zeigt sich wiederum deutlich der Mehrwert einer konsequenten Zusammenarbeit von schulischer und außerschulischer politischer Bildung, um den umfassenden Ansprüchen politischer Bildung, wie sie von allen formuliert wurden (siehe oben), zu genügen.**

## Kompetenzen

Es wurde erfasst, welche Kompetenzen außerschulische politische Bildung mit ihren Angeboten fördern möchte. Hier werden durchgängig relativ hohe Bewertungen gegeben, interessant sind deshalb signifikante Unterschiede in der Bewertung der Relevanz verschiedener Kompetenzen.

Kompetenz	Nennungen in Prozent
<b>Meinungsbildung / politische Urteilsbildung</b>	
Entwicklung begründeter Meinungen	81,8
Fähigkeit, auch andere Meinungen nachvollziehen zu können	79,8
Medienkompetenz	51,0
<b>Kritisches Bewusstsein</b>	
Infragestellung (vermeintlicher) Selbstverständlichkeiten	75,3
Kritikfähigkeit gegenüber Autoritäten	68,7
Wissen um die Relativität eigener Überzeugungen	61,1
<b>Interessenartikulation und -vertretung</b>	
Präsentation	61,6
Öffentlichkeitsarbeit	59,6
Rhetorik	54,0
<b>Partnerschaftliche Aushandlung von Konflikten</b>	
Konfliktfähigkeit	77,3
Interkultureller Dialog	70,2
Kooperationsfähigkeit	68,2
Kooperative Gesprächsführung	49,0
<b>Leitung demokratischer Aushandlungsprozesse</b>	
Gruppenleitung	55,6
Moderation	55,1
Organisation / Begleitung von Beteiligungsverfahren	45,2
Sitzungsleitung	42,9

Abbildung 8: Kompetenzen, die gefördert werden sollen

Anhand dieser Ergebnisse lassen sich in Kombination mit den Analysen zur thematischen Ausrichtung (siehe oben) und den Analysen zum Methodeneinsatz (siehe detailliert weiter unten) einige Beobachtungen machen:

- Kooperationsfördernde und zielführende Kompetenzen (u.a. kooperative Gesprächsführung, Sitzungsleitung) werden weniger oft genannt als kritische und prozessorientierte Kompetenzen (u.a. Kritikfähigkeit gegenüber Autoritäten, Konfliktfähigkeit, Entwicklung begründeter Meinungen).
- Die Förderung von Meinungsbildung, kritischem Bewusstsein und Konfliktaushandlung wird insgesamt wesentlich öfter genannt als die Leitung demokratischer Aushandlungsprozesse.

Diese zwei Beobachtungen lassen folgende Schlussfolgerungen zu:

- Der Fokus liegt auf Kompetenzförderung im individuell-kritischen Bereich für den persönlichen Umgang mit Aushandlungsprozessen und Konfliktsituationen. Dies deckt sich mit der Analyse der angebotenen Themen, die in den Erfahrungswelten der Zielgruppen verortet sind.
- Auf Kompetenzförderung im Verantwortungs-, Partizipations- und Gestaltungsbereich (exemplarisch Organisation / Begleitung von Beteiligungsverfahren) wird wesentlich weniger fokussiert, d.h. die Umsetzung individueller (kritischer, prozessorientierter) Kompetenzen in gesellschaftliche Gestaltungsprozesse findet weniger statt.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass individuelle Sensibilisierung im persönlich erfahrbaren Nahbereich zumindest quantitativ wesentlich häufiger im Mittelpunkt steht als strukturelle Umsetzungskompetenzen mit Verantwortungsübernahme für andere. Diese Schlussfolgerung bestätigt wiederum die Ergebnisse des Verständnisses politischer Bildung (siehe oben), das zwar umfassend gesehen wird, doch in der Förderung demokratischer Kultur höher bewertet wird als im Bereich der Aktivierung und Partizipation.

Bezüglich der Kompetenzen der befragten Institutionen hinsichtlich ihres eigenen Organisationsmanagements fällt auf, dass nur gut ein Drittel über Erfahrungen mit Coaching und nur ein gutes Viertel über Erfahrungen mit Mediation verfügt.

**Das Netzwerk Politische Bildung in Bayern sollte den Fokus darauf legen, politische Bildung im strukturellen Gesamtzusammenhang zu fördern und jenseits individueller Sensibilisierung vor allem die Umsetzungskomponente fördern und entsprechend begleiten, um politische Bildung stärker für Gesellschaft insgesamt wirksam werden zu lassen.**

Ein Wert der Tabelle weicht in der Kategorie der Meinungsbildung signifikant ab und zeigt in Kombination mit den eingesetzten Methoden zur Kompetenzförderung ein deutliches Defizit: Medienkompetenz wird nur von gut der Hälfte der Institutionen als zu fördernd benannt, auf der methodischen Seite stellen die virtuellen Bildungsangebote mit 13,7 % einen der geringsten Werte dar. Diese Werte entsprechen im Vergleich mit den anderen Daten hinsichtlich Kompetenzförderung und Methodik in keinem Maße der gesellschaftlichen Realität, die durchgängig medial geprägt ist. Besonders junge Menschen wachsen auch in einer netzwerkgeprägten und virtuellen Welt auf und bedienen sich dieser selbstverständlich. Die Daten der Befragung bestätigen hier deutlich die Beobachtung, dass politische Bildung in ihren medialen Angebotsformen und ihrer thematischen Ausrichtung weit hinter der technischen Entwicklung agiert, welche politisches Bewusstsein und Handeln dennoch prägt.

**Das Netzwerk sollte das Thema „Medien“ inhaltlich und didaktisch aufgreifen. Die Einstellung von Inhalten ins oder Recherche im Internet sind dabei ungenügende Maßnahmen, da sie eine Verlängerung bestehender Maßnahmen darstellen. Vielmehr könnte z.B. das Aktivierungs- und Partizipationspotenzial einer vernetzten Gesellschaft durch die Überwindung traditioneller Grenzziehungen thematisiert werden. Gleichzeitig könnte die Problematik universell demokratisierter Informationszugänge eine der Betrachtungsperspektiven für ein Medienprojekt sein.**

## Veranstaltungsformen und Methoden

Der höchste Wert der Veranstaltungsformen im außerschulischen Bereich liegt mit 82,3 % der Nennungen bei *einmaligen* (Abend)Veranstaltungen. Diese Veranstaltungsform ist mit ihrer punktuellen Kurzfristigkeit am wenigsten geeignet, den benannten umfassenden Anspruch politischer Bildung umzusetzen.

Methoden	Nennungen in Prozent
Vorträge / Unterricht	84,3
Podiumsdiskussionen	61,1
Gremien- und Verbandsarbeit	58,6
Gesprächsforen	55,1
Interaktionsübungen / Rollenspiele	49,5
Herausgabe von Publikationen	46,1
Zukunftswerkstatt	35,4
Planspiele	27,8
Open Space	20,7
Virtuelle Bildungsangebote	13,1
Szenariotechnik	8,1
Community Organizing	5,1
Appreciative Inquiry	2,5
Planungszelle / Bürgergutachten	2,5

Abbildung 9: Methoden außerschulischer politischer Bildung

Auf methodischer Seite ist mit 84,3 % der Nennungen bei Vorträgen/Unterricht ebenfalls eine Umsetzung politischer Bildung benannt, die – zumindest bei der abgefragten punktuellen Einmaligkeit – weniger nachhaltiges Aktivierungs- und Umsetzungspotenzial enthält. Podiumsdiskussionen und Gesprächsforen an zweiter und dritter Stelle erlauben zwar die Darstellung und das eigene Einbringen von Meinungspluralität, führen aber in der Regel nicht zu Kompetenzerweiterung im oben benannten Sinn oder zur Erfahrbarkeit von und Verantwortung für politische Prozesse durch eigene Auseinandersetzung. In der Breite außerschulischer politischer Bildung werden so Ressourcen eingesetzt, die nicht unbedingt in Relation zu den erwartbaren Ergebnissen stehen.

Ganz- bzw. mehrtägige Seminare stellen mit knapp 70 % bzw. knapp 60 % eine Veranstaltungsform dar, die ebenfalls häufig zu finden ist. Auf methodischer Seite zeigt sich, dass verschiedene beteiligungsorientierte Verfahren mit Interaktionsanteilen an Stellenwert gewinnen. Diese eignen sich insbesondere für individuelle Sensibilisierung. Zukunftswerkstatt und Open Space haben als die „Klassiker“ der Vernetzungs- und Planungsverfahren einen gewissen Stellenwert gewonnen, während neuere Beteiligungs- und Planungsverfahren wie Appreciative Inquiry, Planungszelle oder Community Organizing noch kaum aufgegriffen werden.

**Das Netzwerk sollte wie bereits im Bezirk Schwaben modellhaft aufzeigen, wie mit neuen Veranstaltungsformen und Methoden gewinnbringend und nachhaltig im Bereich politischer Bildung gearbeitet werden kann. Es wird so zum Motor methodisch-didaktischer Innovation politischer Bildung und kann helfen, alte aber noch weit verbreitete Formen politischer Bildung durch Neues zu bereichern.**

### **Organisationsmanagement**

Befragt wurde, inwieweit sich Institutionen außerschulischer politischer Bildung mit ihrer eigenen Professionalisierung und Qualitätssicherung beschäftigen und über relevante Erfahrungen in diesem Bereich verfügen. Es ist erkennbar, dass Begriffe aus dem ökonomischen Bereich wie Personalentwicklung, Fundraising und Qualitätsmanagement Eingang in politische Bildung gefunden haben, aber noch nicht umfassend verankert sind. So hat zu den genannten Begriffen nur ein Drittel bis die Hälfte der befragten Institutionen Erfahrungen. Hier ist ein Defizit der Weiterentwicklung und Professionalisierung politischer Bildung auf struktureller Ebene erkennbar, das sicher auch mit der oben analysierten Kurzfristigkeit und Art der Angebote zu tun hat.

**Eine Aufgabe des Netzwerkes sollte das Angebot von Professionalisierungs- und Beratungsbausteinen für politische Bildung sein, die langfristig zu Qualitätsindikatoren, Standards und der Zertifizierung politischer Bildungsinstitutionen und ihrer Angebote führen könnten.**

### 3. Das entstehende Netzwerk Politische Bildung in Bayern

#### Vernetzungswünsche und -bedarfe

Seitens der Institutionen außerschulischer politischer Bildung besteht ein reger Austausch mit Schulen, Jugendverbänden, Kirchen und kommunalen Einrichtungen. Ein Wunsch nach Austausch mit mindestens einer anderen Institution besteht bei knapp 60 %. Es werden vor allem Wirtschaft, Universitäten, Stiftungen und Institutionen interkultureller Bildung genannt.

Auf Seiten der Schulen besteht im Vergleich sehr wenig Austausch mit anderen Institutionen – knapp 1/3 der Schulen hat keinerlei Austausch mit anderen Institutionen. Der Austauschwunsch wird bei ca. 50 % der Schulen benannt, hier an erster Stelle mit Universitäten und Forschungseinrichtungen, darauf folgend mit Kollegen anderer Schulen, Wirtschaft und Institutionen für Interkulturelle Bildung.

Die Analyse der Daten in Kombination mit Themen, die bisher von politischer Bildung in Bayern tendenziell eher vernachlässigt werden (z.B. neue Technologien, Forschung und Wissenschaft, Finanzen, Innere Sicherheit), lassen folgende Bedarfe erkennen:

- Kommunikation mit Unternehmen vor Ort, um die persönliche Betroffenheit wirtschaftspolitischer Themen zu erhöhen und damit attraktiver für politische Bildung zu machen. **Unternehmen bieten die Möglichkeiten, unterschiedliche Aspekte politischer Bildung und ihre Bedeutung in einer globalisierten Welt „live“ nachzuvollziehen und sollten somit stärker einbezogen werden.** Die geforderte Öffnung von Schule zu Kommune erlebt in diesem Vernetzungsbedarf eine vielfältige Ausgestaltung und kann fachübergreifend durch politische Aspekte bereichert werden.
- Anbindung politischer Bildung an relevante Wissenschaftsdisziplinen zur Fundierung der Praxis. Hier wird erkennbar, dass politische Bildung nach wie vor unterschiedliche Bezugswissenschaften wie Pädagogik, Psychologie und Politikwissenschaft hat, die vernetzt werden müssen und als **kompetente und v. a. kohärente Ansprechpartner zur Verfügung stehen** sollten.
- Aktualisierung der Themen politischer Bildung. Dies wird erkennbar an dem Bedarf der interkulturellen Ausrichtung politischer Bildung, die sich der Realität einer Einwanderungsgesellschaft verpflichtet fühlt, da sie im schulischen wie außerschulischen

Bereich umfassend mit Migration und Integration konfrontiert ist. **Institutionen Interkultureller Bildung können hier richtungsweisend für aktuelle politische Bildung sein und im Netzwerk neue Impulse bei der Bearbeitung der Thematik liefern.**

- Vernetzung von Schulen untereinander. Die in außerschulischer politischer Bildung vorherrschende Projekt- und Teamorientierung ist an Schulen nicht umfassend gegeben. **Schulen können von einem Netzwerk profitieren, das ihnen einen selbstorganisierten und selbstbestimmten Austausch mit anderen Schulen und deren Erfahrungen ermöglicht.**

### **Angebotswünsche an das Netzwerk**

Hinsichtlich der Wünsche an das Netzwerk ist erkennbar, dass die virtuelle Vernetzung durchaus im Vordergrund steht, vor allem als Daten- und Referenzenbank, um sich individuell, gezielt und selbstbestimmt vernetzen zu können. Das Projekt wird deshalb zunächst eine umfassende Internetplattform erstellen, die diesem Bedürfnis gerecht wird. Die Erfahrungen der umfangreichen Entwicklung in diesem Bereich in Bayerisch-Schwaben zeigen bereits jetzt modellhaft **das Potenzial auf, das mit einer inhalts- und forumsbasierten Website besteht.**

Als sehr bedeutsam werden darüber hinaus Weiterbildungsangebote seitens des Netzwerkes genannt. Das Netzwerk Politische Bildung in Schwaben hat mit der Fokussierung auf inhaltliche Bausteine Kristallisationspunkte für Weiterbildung zu Themen und Bereichen geschaffen. **In der Betrachtung der wenig behandelten Themen in politischer Bildung in Bayern tun sich hier sehr innovative Möglichkeiten einer Multiplikatorenfortbildung auf.** So könnte das Thema Migration/Integration als Thema in Hinblick auf politische Bildung für Migranten, auf Informationen über Migration und in Hinblick auf die Mehrheitsgesellschaft didaktisiert werden.

Neben virtueller Vernetzung und Weiterbildung ist sowohl bei Schulen als auch bei Institutionen außerschulischer politischer Bildung ein relativ hoher Beratungsbedarf bei konkreten Projekten erkennbar. Dieser Impuls deutet auf die sich grundsätzlich verändernden Bedingungen von Bildung in Deutschland hin: Standardisierte Angebote wie auch institutionelle Gefüge werden zugunsten flexibler und zeitnaher Bildungsprojekte aufgegeben. Handlungs- und Aktualitätsbezug fordern immer neue Herangehensweisen an politische Bildung heraus, die jeweils der Lebensrealität der angestrebten Zielgruppen entsprechen.

Das Netzwerk Politische Bildung in Bayern bietet die Chance, „Berater für politische Bildung“ zu etablieren, die jenseits inhaltlicher Ausrichtung vor allem Prozesse und Strukturen politischer Bildung im Blick haben und als Motoren der Realisierung und Umsetzung guter und innovativer Ideen fungieren.

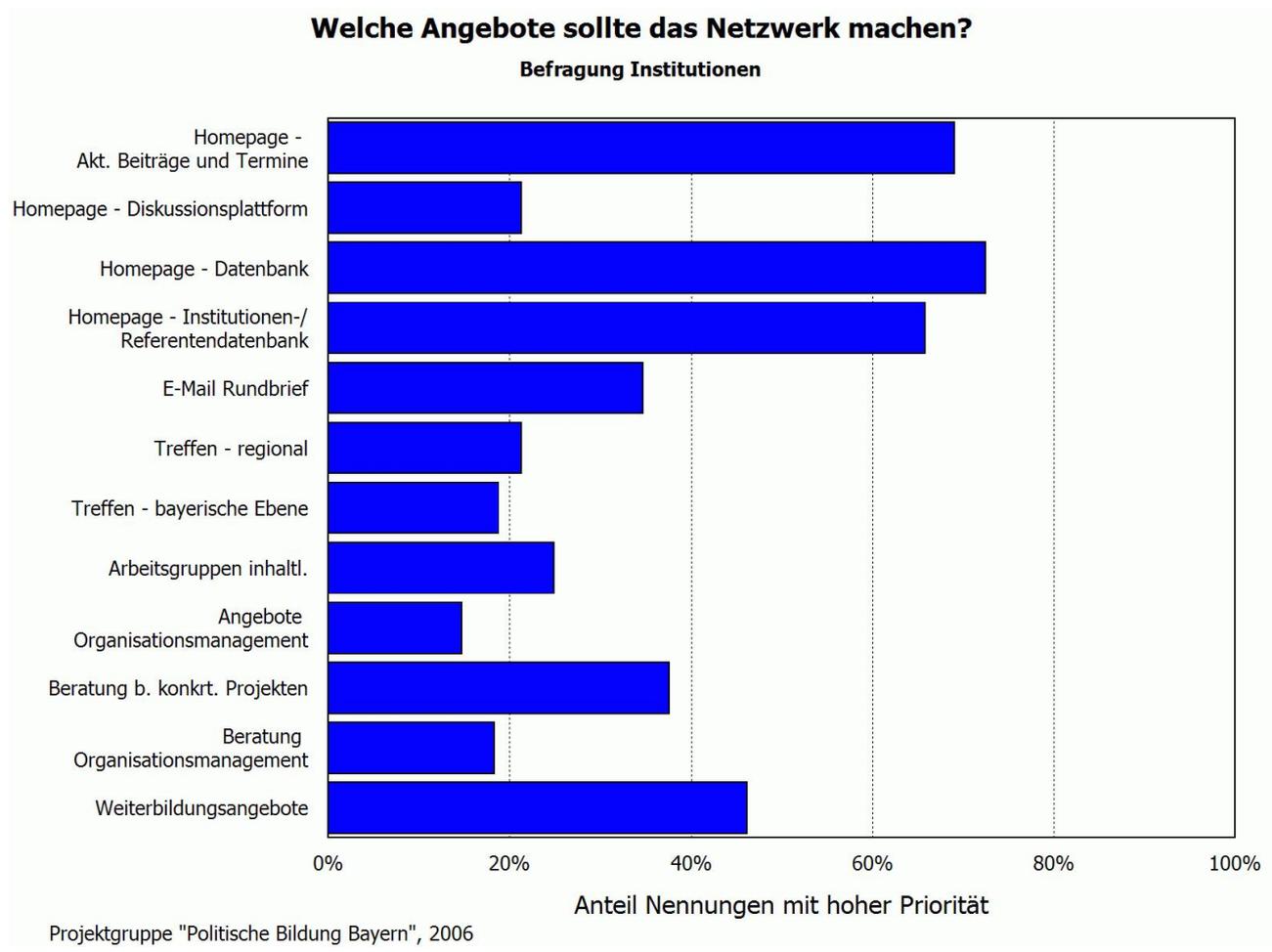


Abbildung 10: Gewünschte Angebote des Netzwerks – Institutionen außerschulischer politischer Bildung – prozentualer Anteil der Nennungen, die jeweils sehr hohe Priorität formulieren

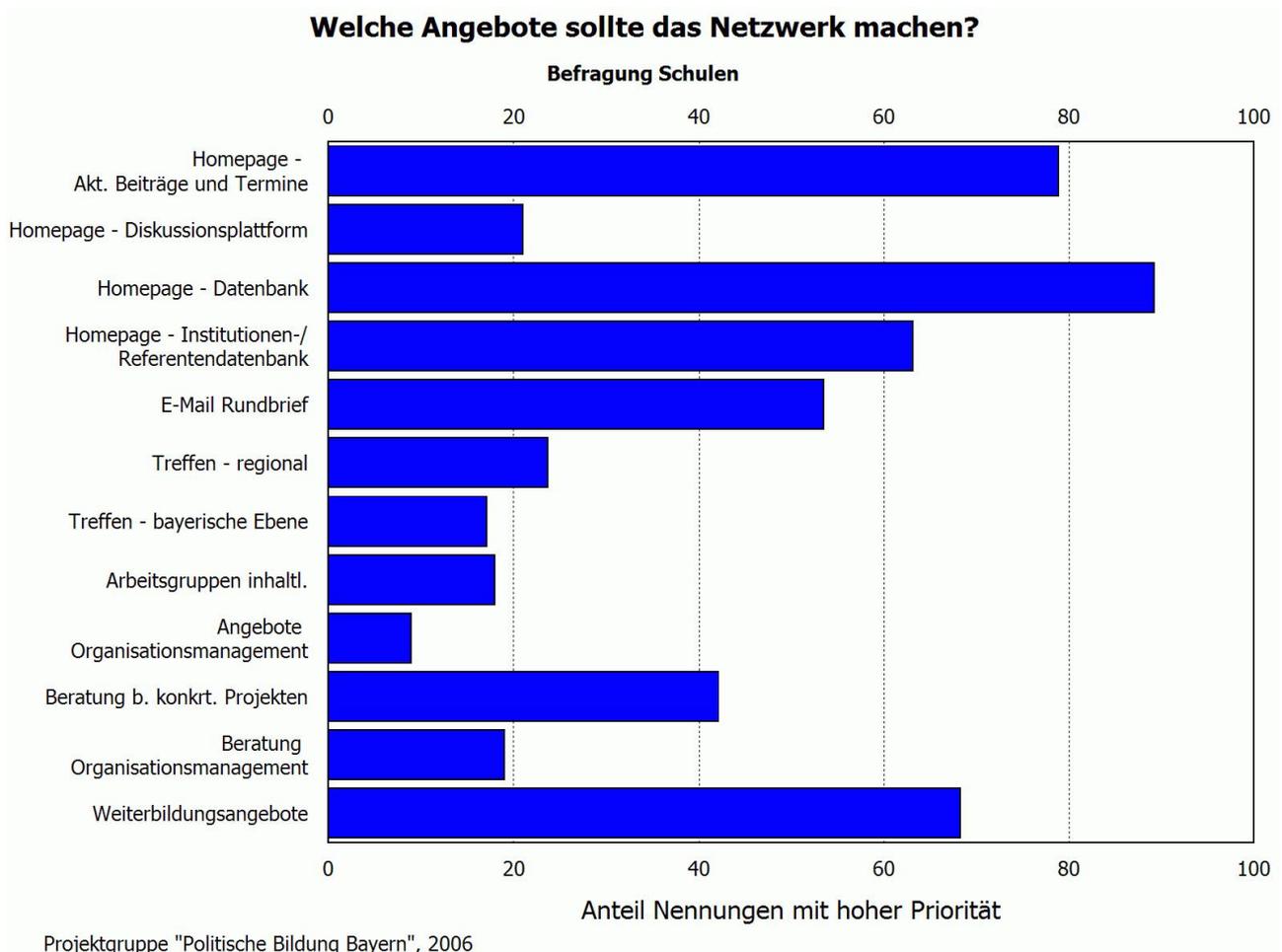


Abbildung 11: Gewünschte Angebote des Netzwerks – Schulen – prozentualer Anteil der Nennungen, die jeweils sehr hohe Priorität benennen

## Mitwirkungsbereitschaft und -möglichkeiten

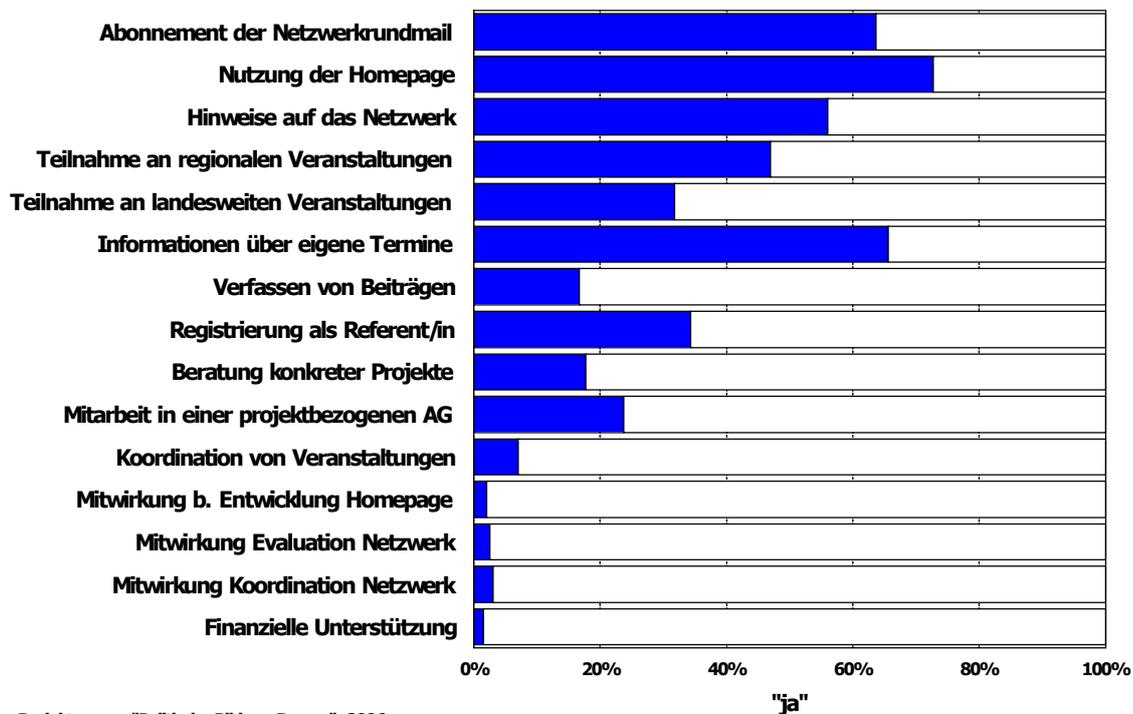
Mitwirkung ist in zwei Richtungen zu denken um Angebot und Nachfrage strukturell zu koppeln. Einmal in Richtung der eigenen Institution und zum anderen in Richtung des Netzwerkes. Nur so können win-win-Situationen geschaffen werden. Die Befragung erhob für die außerschulische politische Bildung, welche Möglichkeiten es gibt, in der jeweiligen Institution mitzuwirken. So bieten 81,8 % der außerschulischen Institutionen eine ehrenamtliche Mitarbeit an, 59,1 % Hospitation oder Praktikum und 60,4 % eine freie Mitarbeit auf Honorarbasis. Diese Möglichkeiten werden bisher bei weitem nicht ausgeschöpft und **stellen ein Potenzial der Vernetzung „in die Organisation hinein“ dar, welches durch das Netzwerk gestärkt werden kann.** Insbesondere in der Vernetzung mit Schulen können hier attraktive praxisorientierte Ergänzungen des schulischen Politikunterrichts wahrgenommen werden. Bei der Frage nach weiteren Serviceangeboten der

Institutionen ist festzuhalten, dass 34,2 % Tagungsräume vermieten und damit die Möglichkeit offerieren, auch außerhalb des Schul- bzw. des gewohnten Kontextes politische Bildung anzubieten und durchzuführen. Die virtuelle Datenbank der Internet-Plattform findet damit bereits eine sehr gute Basis an Angebot und Nachfrage vor.

Die Mitwirkungsbereitschaft in Richtung des Netzwerkes wird von über 100 Institutionen und Schulen sehr deutlich formuliert. Eher passive Formen wie die Nutzung einer Homepage werden ergänzt durch die Bereitschaft, an der Gestaltung einer solchen Homepage durch eigene Beiträge mitzuwirken. Die Teilnahme an regionalen Veranstaltungen rangiert über derjenigen an bayernweiten Treffen – dies deutet auf den Wunsch der möglichst konkreten Vernetzung vor Ort hin und stärkt den Gedanken eines kooperierenden Netzwerkes von Bezirksnetzwerken politischer Bildung in Bayern.

### Welche Formen der Mitwirkung an einem "Netzwerk Politische Bildung Bayern" könnten Sie sich persönlich vorstellen?

Befragung Institutionen

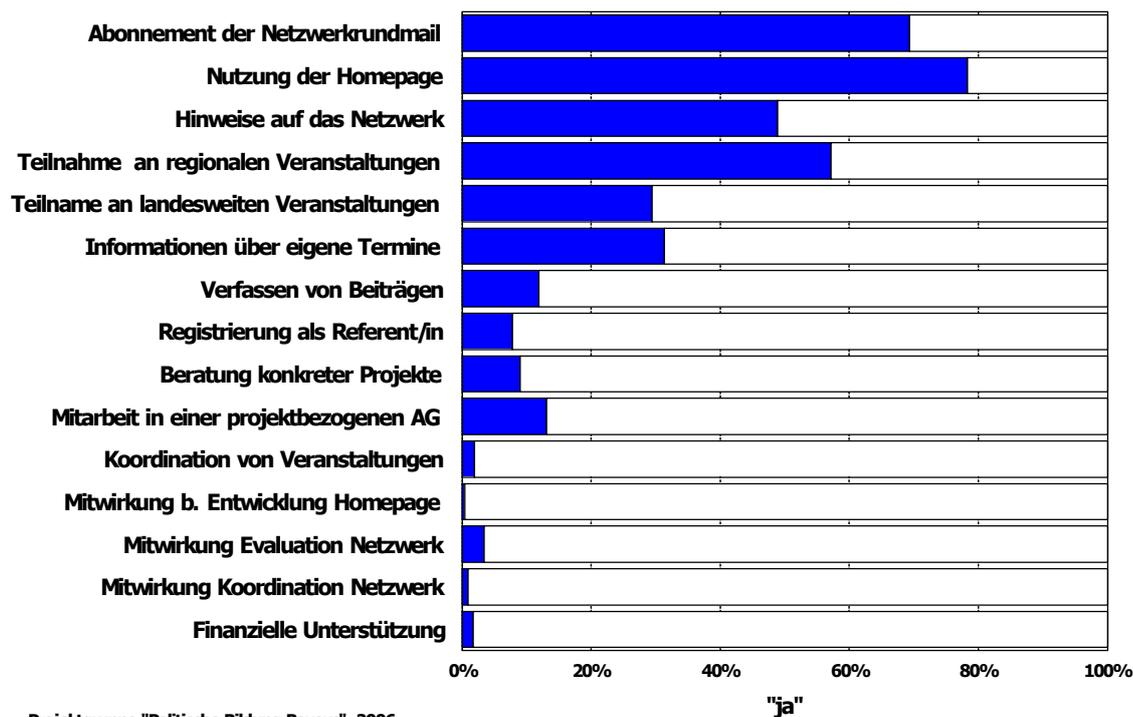


Projektgruppe "Politische Bildung Bayern", 2006

Abbildung 12: Formen der Mitwirkung von Institutionen außerschulischer politischer Bildung – prozentuale Darstellung

## Welche Formen der Mitwirkung an einem "Netzwerk Politische Bildung Bayern" könnten Sie sich persönlich vorstellen?

Befragung Schulen



Projektgruppe "Politische Bildung Bayern", 2006

Abbildung 13: Formen der Mitwirkung von Schulen – prozentuale Darstellung

### Perspektive des Projektes

Für die generelle Praxisumsetzung des Projektes wird eine Internetplattform zur Vernetzung politischer Bildung in Bayern geschaltet, die ähnlich der Plattform des Netzwerkes Politische Bildung in Schwaben die Möglichkeit der virtuellen Vernetzung auf inhaltlicher und persönlicher Ebene ermöglicht und das bestehende Potenzial von Referenten, gelungenen Projekten und Aktivitäten rund um die politische Bildung in ganz Bayern darstellt. Die Homepage soll zu einer Art „Gelbe Seiten der Politischen Bildung in Bayern“ werden. Über 450 befragte Institutionen sind interessiert an einer regelmäßigen Nutzung einer solchen Plattform und über 400 sind bereit, einen Netzwerk-Rundbrief per E-Mail zu abonnieren. Ab 2008 sollen zentrale Präsenzforen und lokale Netzwerktreffen stattfinden, die die Empfehlungen des Projektberichtes umfassend aufgreifen und umsetzen und auch die inhaltliche Arbeit verstärken.

Zur Qualitätssicherung des Projektes wurden auf einem Expertenworkshop im Mai 2007 mit Akteuren politischer Bildung und Wissenschaftlern mittelfristige Erfolgskriterien für den Zeitraum von vier Jahren hinsichtlich der inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung des sich

entwickelnden Netzwerkes konkretisiert. Sie bilden ein Orientierungsraster zur Evaluation des Projektes und sind gleichzeitig Antrieb zur konkreten Verwirklichung der Projektidee. Zusammengefasst sind die **Erfolgskriterien 2010** nachfolgend in 10 Punkten dargestellt:

1. Bestehende **Lücken in den Angeboten politischer Bildung sind erschlossen** und werden durch Initiativen des Netzwerkes geschlossen. Es existieren **Vorzeigeprojekte** des Netzwerkes für Gesellschaft, Medien und Politik.
2. Es sind **eigenständige Kooperationsprojekte** aus dem Netzwerk heraus entstanden, die den Mehrwert für alle Beteiligten verdeutlichen. Es sind zahlreiche **persönliche und direkte Kontakte** zwischen Vertretern politischer Bildung in Bayern entstanden.
3. Es haben **vier bayernweite Präsenzveranstaltungen** mit steigender Teilnehmerzahl stattgefunden.
4. In der **Datenbank sind 250 aktive Referenten**. Es werden **pro Woche fünf aktuelle Beiträge** von Mitgliedern des Netzwerkes auf der Homepage eingestellt. Der **Netzwerk-Newsletter hat ca. 1.000 Abonnenten**.
5. Das Netzwerk ist die **primäre Terminplattform** für Veranstaltungen politischer Bildung in Bayern.
6. Es gibt eine **bayernweite Geschäftsstelle** mit kontinuierlicher logistischer und finanzieller Ausstattung.
7. **Leuchttürme** (herausragende Persönlichkeiten sowie die großen Institutionen politischer Bildung in Bayern) sind aktiv eingebunden.
8. Es existiert eine **Rückbindung des Netzwerkes an politische Entscheidungsstrukturen**.
9. Das Netzwerk ist **bekannt und medienpräsent**. Es existieren ein vielfach verwendetes Logo und inhaltlich gefüllte jährliche Tage politischer Bildung.
10. Der quantitative und qualitative **Stellenwert politischer Bildung** in der bayerischen Politik und Öffentlichkeit ist gestiegen. Die **Vielfalt der Konzepte politischer Bildung** ist erkennbarer und anerkannter geworden.

Aus den Erfolgskriterien wurden auf dem Expertenworkshop notwendige nächste Schritte priorisiert, die entscheidende Punkte des weiteren Arbeitsprogrammes des Projektes für 2007/08 darstellen:

- **Konzeption des Newsletters** und zeitnahe Versendung der ersten Ausgabe an die verfügbaren Adressen per E-Mail
- Expertenworkshop zur **Konzeption der bayernweiten Homepage** des Netzwerkes
- **Nachfassen** bei großen, in der empirischen Erhebung aber schwach vertretenen Institutionen politischer Bildung in Bayern zur Ausweitung der Datenlage und aktiven Einbindung in das Netzwerk
- **Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit** durch Werbematerialien und Präsenz auf relevanten Tagungen und Kongressen sowie die Vorstellung des Netzwerkes in den einzelnen Bezirken Bayerns
- **Gewinnung von aktiven Ansprechpartnern** in den einzelnen Bezirken Bayerns, die als Motoren in der jeweiligen Region dienen
- Inhaltliche **Einbindung des interkulturellen Bereichs** aufgrund der Bedarfe, mögliche Konzeption eines ersten inhaltlichen Projektes
- Unterstützung von **Kampagnen anlässlich der Wahlen im Jahr 2008**
- Planung eines ersten **bayernweiten Präsenztreffens** als Auftaktveranstaltung mit Festakt

Die weitere Entwicklung des Projektes sowie Beteiligungsmöglichkeiten am Netzwerk werden aktuell auf der Homepage [www.politische-bildung-bayern.net](http://www.politische-bildung-bayern.net) dargestellt.